Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/552

25. 06. 87

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Versammlung der Westeuropäischen Union

über die Sondersitzung der Versammlung der Westeuropäischen Union am 27. und 28. April 1987 in Luxemburg

Während der Tagung am 27. und 28. April 1987 erörterte die Versammlung der WEU Berichte, behandelte die üblichen geschäftsordnungsmäßigen Vorgänge und faßte Beschlüsse, die sich mit folgenden Themen befaßten:

Politische Fragen

— Der europäische Pfeiler des Atlantischen Bündnisses — I. Teil: Die Reaktivierung der WEU. Empfehlung 442 (S. 6)

  Hierzu sprachen die Abg. Dr. Ahrens (S. 3; 5), Dr. Klejdzinski (S. 4)

— die Ministerratssitzung. Empfehlung 443 (S. 7)

— Ansprache des amtierenden Ratsvorsitzenden, Jacques Poos (Luxemburg)

Verteidigung

— Die Abrüstung — Antwort auf den 31. Jahresbericht des Rats. Empfehlung 444 (S. 11)

  Hierzu sprachen die Abg. Reddemann (S. 7), Dr. Scheer (S. 9), Kittelmann (S. 10), Irmer (S. 11)

— Ansprache des luxemburgischen Verteidigungsministers, Marc Fischbach

Haushalt

— Anwendung der Richtlinie 65 betr. den Haushalt 1987 der Versammlung, Empfehlung 445. Richtlinie 67.

An der Tagung der Versammlung nahmen parlamentarische Beobachter aus Dänemark, Griechenland, Norwegen, Portugal, Spanien und der Türkei teil.

Bonn, den 25. Juni 1987

Dr. Karl Ahrens	**Wilfried Böhm (Melsungen)**
Sprecher	Stellvertretender Sprecher

Montag, 27. April 1987

Tagesordnungspunkt:

Der europäische Pfeiler des Atlantischen Bündnisses — I. Teil: Die Reaktivierung der WEU

(Drucksache 1089)

Berichterstatter: Abg. Dr. Ahrens (Bundesrepublik Deutschland)

Dr. Ahrens (SPD): Der Bericht, den ich heute im Namen des Politischen Ausschusses vorlege, ist in mancher Beziehung überholt, und er ist in mehrfacher Hinsicht unvollkommen. Überholt ist insbesondere die Begründung des Berichts, und unvollkommen ist er vor allem deshalb, weil es sich nur um einen Teilbericht handelt, da die Unterrichtung der Versammlung über die Aktivitäten des Rates bei der Abfassung des Berichtes noch nicht vorlag. Diese Unterrichtung ist erst vor drei Tagen, am 24. April, erfolgt; einen Bericht darüber werde ich Ihnen frühestens in der Junisitzung, vielleicht auch erst im Dezember vorlegen können.

Unvollkommen ist mein Bericht aber vor allem deshalb, weil er sich auf die Fragen einer **Reaktivierung der WEU** beschränkt. Diese Fragen aber scheinen allenfalls ein Randproblem zu sein, angesichts der Verhandlungen, die heute über die Sicherheit Europas zwischen den Großmächten geführt werden. Man muß sich daher kritisch fragen, ob dieser Bericht in der gegenwärtigen Situation weiterhilft, ob er einen Sinn hat, und ob sich die Versammlung nicht mit ganz anderen Problemen beschäftigen müsse, etwa mit einer konkreten Stellungnahme Europas zu den Vorschlägen von Generalsekretär Gorbatschow, den Vorschlägen also, die einen Verhandlungsspielraum eröffnet haben, an dessen Weite niemand unter uns vor einem Jahr gedacht hat. Wir müssen uns also eindeutig fragen: Müßte dieses parlamentarische Gremium, diese Versammlung, nicht hier und heute seine Auffassung kundtun zu den Verhandlungen zwischen den Großmächten, in denen zwar über uns, aber nicht mit uns über unsere Sicherheit, über die Zukunft unserer Kinder und unseres Kontinents entschieden wird?

Ich stelle diese Frage nicht aus Mißtrauen gegenüber den amerikanischen Verbündeten. Westeuropa findet seine Sicherheit nur im Bündnis, und nur die **Präsenz der USA in Westeuropa** und ihre Bereitschaft, diesen Teil unseres Kontinents, wenn es denn sein muß, wie eigenes Territorium zu verteidigen, sichert unsere Freiheit, auch heute. Ich sehe keinen Grund, an der Bündnistreue der amerikanischen Verbündeten auch in der Zukunft zu zweifeln.

Meine Forderung, Westeuropa müsse mehr als bisher seine Stimme in die Verhandlungen einbringen, in denen es gerade um die Zukunft dieses Teils der Welt geht, entspricht nicht nur einem europäischen Selbstverständnis, sondern auch amerikanischen Forderungen und Wünschen. Wir wissen das aus zahlreichen Gesprächen mit den amerikanischen Kollegen, wir lesen es auch immer wieder in der amerikanischen Presse. So wurde vor kurzem von William Pfaff im International Herold Tribune, gefordert, ich zitiere: „Der Westen braucht dringend mehr als ein Land, das bereit ist zu führen, zu denken und die Werte unserer Zivilisation sowie unserer militärischen Sicherheit zu verteidigen." Hier bleiben wir Europäer also ausdrücklich aufgefordert, einen eigenen Beitrag für Frieden, Freiheit und Verteidigung der Menschenrechte in der Welt zu leisten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte sogar noch weitergehen. Das nordatlantische Bündnis wird nur dann auf Dauer Bestand haben, wenn Europa ein selbstbewußter und vollwertiger Partner der USA wird. Dabei fehlt es uns nicht an Möglichkeiten und an Potentialen. Westeuropa mit seinen 320 Mio. Menschen, das ist ein riesiger Markt, der immer wieder zu Innovationen anregt, mit Wissenschaft und Forschung, die auch heute noch weitgehend die Entwicklung in der Welt bestimmen. Dieses Westeuropa braucht von seinen Möglichkeiten her den Vergleich mit den USA, mit Japan, auch mit dem Warschauer Pakt und China nicht zu fürchten. Uns fehlen in Westeuropa nicht Möglichkeiten und Potentiale. Was uns fehlt, ist der politische Wille, diese Möglichkeiten im Interesse Europas und der Welt zu nutzen.

Damit aber sind wir beim Thema meines Berichts. Es geht dabei um nicht mehr und nicht weniger als um die Fragen einer Verbesserung des Instrumentariums, das als einziges bestimmt und geeignet ist, die Haltung Europas in Fragen seiner Verteidigung und seiner Sicherheit zu formulieren. Ich sagte bereits, daß die Begründung meines Berichts durch den Ablauf der Ereignisse weithin überholt ist. Der politische Ausschuß hat deshalb diese Begründung auch nicht weiter diskutiert. Eine Fortschreibung dieser Begründung auf den aktuellen Stand war schon aus technischen und aus Verfahrensgründen nicht möglich, dafür bitte ich Sie um Ihr Verständnis. Der politische Ausschuß hat sich auf die Diskussion des Empfehlungstextes beschränkt und hat dabei insbesondere zwei Fragenkomplexe intensiv debattiert:

Einmal den Vorschlag auf Schaffung einer europäischen Sicherheitscharta, zum anderen das Verhältnis der beiden Organe der WEU zueinander, die Beziehungen also zwischen Rat und Versammlung.

Was den Vorschlag zur Schaffung einer **europäischen Sicherheitscharta** angeht, so sehe ich darin die logische Fortsetzung der französischen Politik der vergangenen Jahre. Auch wenn der Vorschlag wohl mit den verbündeten Regierungen nicht im einzelnen abgestimmt worden ist, so gibt es gleichwohl Äußerungen auch anderer Regierungen, die in die gleiche Richtung gehen. Allen diesen Vorschlägen ist gemeinsam, daß sie eine Bestandsaufnahme der bisherigen sicherheitspolitischen Bemühungen Europas fordern und

eine Fortschreibung im Lichte der jüngsten weltpolitischen Ereignisse anstreben. Es kann nicht das Ziel solcher Bemühungen sein, etwa eine europäische Armee zu schaffen oder den Gedanken einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft wieder zu beleben. Es geht vielmehr um die Formulierung der Vorstellungen, die die Europäer von ihrer eigenen Sicherheit im Rahmen des Bündnisses haben. Wir werden uns dabei rasch verständigen können im Ziel. Es geht meines Erachtens allein darum, für beide Teile Europas, ich wiederhole: für beide Teile, ein Höchstmaß an Sicherheit mit einem Minimum an Truppen und Rüstung zu erreichen. Dies Ziel gilt es anzusteuern. Der Weg bis dahin wird nicht nur für die Großmächte, sondern auch für uns noch steinig sein, und wir werden uns über diesen Weg sicherlich auch in dieser Versammlung noch auseinanderzusetzen haben.

Zum **Verhältnis von Rat und Versammlung** hat sich der Politische Ausschuß außerordentlich kritisch geäußert. Ich verrate sicherlich kein Geheimnis, wenn ich Ihnen mitteile, daß der Ausschuß den Berichtsentwurf insoweit noch erheblich verschärft hat. Nun ist es gewiß für den Rat oft nicht einfach, seiner im Vertrage festgelegten Berichtspflicht nachzukommen. Seine Arbeiten sind langfristig angelegt. Sie sind ein politischer Prozeß, der naturgemäß nur in größeren Zeitabständen zu einem abschließenden Ergebnis führen kann. Deshalb muß sich die Berichtspflicht des Rates zwangsläufig oft darauf beschränken, den Stand der Beratungen mitzuteilen, und er kann nur selten über konkrete Ergebnisse berichten. Das liegt in der Natur der Sache und wird auch von niemandem kritisiert. Kritik müssen wir jedoch daran üben, daß der Rat nach unserem Eindruck sehr oft einer Antwort ausweicht, daß er sie nicht selten verzögert oder sie mit dem Hinweis auf geheimhaltungsbedürftige Tatbestände verweigert. Das Verhalten des Rates führt nicht selten dazu, daß die Versammlung die ihr obliegenden Pflichten nur unvollkommen oder überhaupt nicht erfüllen kann. Deshalb muß am Verhalten des Rates immer wieder Kritik geübt werden. Wir werden auch unsere Regierungen darauf hinzuweisen haben, daß man von einer Reaktivierung der WEU nicht reden sollte, wenn man nicht bereit ist, das Verhältnis zwischen Rat und Versammlung zu aktivieren und, wie ich meine, endlich vertragsgemäß zu gestalten.

Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, der Politische Ausschuß hat den Ihnen vorliegenden Bericht bei einer Stimmenthaltung gebilligt: ich bitte Sie im Namen des Ausschusses, diesem Bericht zuzustimmen.

Dr. Klejdzinski (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren, unser Kollege Ahrens hat einen sehr abgewogenen und ausgezeichneten Bericht vorgelegt. Die Bewertung bedarf auch dann keiner Änderung, wenn unser Kollege Dr. Ahrens selbstkritisch bemerkt, was sein vorgelegter Bericht nicht leistet oder nicht leisten konnte. Wir brauchen eine europäische Initiative, und dieser Bericht ist insofern ein wichtiger Beitrag, ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Ich stimme Herrn Wilkinson zu, daß die Punkte, die er vortrug, um unsere Aufmerksamkeit darauf zu lenken, indem er ganz wichtige Gebiete wie Weltraumtechnik, Weltraumforschung erwähnt und gleichzeitig die Anwendungsgebiete, die in diesem Bereich möglich sind, als Schwerpunkt herausstellt, sicherlich wichtig sind. London als Sitz ins Spiel zu bringen, ist sicherlich kein schlechter Schachzug, wenn es um neue Möglichkeiten geht, Institutionen anzusiedeln. Aber ich meine, man muß sicherlich darüber nachdenken, und ich kann mir vorstellen, daß Europa eine Vielzahl von Möglichkeiten bietet, so etwas anzusiedeln und sei es denn, daß man nur einen Ort aussucht, wo möglicherweise mehr die Sonne scheint als in London. Wir müssen uns unabhängig davon bewußt machen, daß die europäischen Völker einen in den 70er Jahren eingeschlagenen **Weg der Entspannung** entschlossen fortsetzen müssen, um damit einen wesentlichen Beitrag zu leisten, um den Ost-West-Konflikt zu entschärfen. Wir diskutieren heute hier — und das sollten wir uns selbst und anderen eingestehen —, daß wir die Pragmatik der Entwicklung in der Sowjetunion unter Gorbatschow nicht vorausgesehen haben. Nach meiner Einschätzung versucht die heutige sowjetische Führung eine energische Modernisierung, weil sie sich bewußt ist, daß sie ohne innere Umgestaltung des eigenen Systems den Wettbewerb der Gesellschaftssysteme nicht durchhalten und schon gar nicht gewinnen kann. Wir müssen uns allerdings bewußt fragen: Wird die Sowjetunion aufgeschlossener für Zusammenarbeit, berechenbarer als Partner? Dieses gilt uneingeschränkt und dies ist auszuloten vor dem Hintergrund der von uns vertretenen Ansicht, daß die Bemühungen um Abrüstung und um Rüstungsbegrenzung zur Erhaltung des Friedens in Europa und in der Welt unerläßlich sind. Diese Bemühungen müssen natürlich auch eines einschließen, davor wollen wir uns ja auch nicht verschließen, daß die Sicherheit Europas nicht in Frage gestellt werden darf. Aber, und auch dieses müssen wir zur Kenntnis nehmen, atomare Abschreckung kann Krieg nicht dauerhaft verhindern.

Der von unserem französischen Kollegen unterbreitete Vorschlag eine **europäische Sicherheits-Charta** zu erstellen, bietet uns Sozialdemokraten die Möglichkeit, die Bedingungen für die europäische Sicherheit erneut zu überdenken, erneut zu definieren, gemeinsam mit unseren amerikanischen Freunden darüber zu sprechen. Ich bin nicht der Auffassung, daß die gewünschte Reaktivierung der WEU die Geschlossenheit des Atlantischen Bündnisses in Frage stellen könnte. Wir Sozialdemokraten gehen allerdings davon aus, daß die Bundesrepublik politisch und militärisch in der europäischen Gemeinschaft und in der NATO eingebunden ist, und das ist bei uns kein Thema. Wir vertreten allerdings die Auffassung, daß eine Reaktivierung der WEU auch folgendes erreichen kann, was uns sehr viel bedeutet, nämlich die Willensbildung im Bündnis stärker an den Bemühungen souveräner Vertragspartner zu orientieren, die vitalen Interessen einzelner Mitglieder stärker zu beachten und die Sicherheitsinteressen aller Partner in die Willensbildung des Bündnisses einzubeziehen und zu berücksichtigen.

Die Reaktivierung mit der Zielsetzung, die Sicherheitsinteressen der Europäer klar zu definieren, den

Westeuropäern eine eigenständige Rolle im Bündnis zuzuweisen, um ihren verteidigungs- und entspannungspolitischen Interessen Geltung zu verschaffen, ist ein Weg, der unsere kritische begleitende Unterstützung findet.

Lassen Sie mich abschließend bemerken: Niemand unterschätzt die Schwierigkeiten, niemand wird die Mühen, die notwendig sind, unterschätzen. Wir wollen folgende Zielsetzung aber dabei nicht aus den Augen verlieren: Bereits fundierte und zukunftsgerichtete Zusammenarbeit zwischen Ost und West, die einen, — und dieses möchte ich nochmals mit Nachdruck betonen —, friedlichen, gewaltfreien Wettbewerb der beiden Systeme ermöglicht, damit Forderungen von Reform in beiden Bündnissen mit dem Ziel, zu neuen Sicherheitsverständnissen zu gelangen, möglich sind. Wir wollen weiterhin eine Stärkung der politischen Rolle Westeuropas und seiner Selbstbehauptung als politische Kraft.

Herzlichen Dank für das geduldige Zuhören.

Dr. Ahrens (SPD): Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich darf mich zunächst sehr herzlich für die Worte der Anerkennung bedanken, die Sie für den von mir vorgelegten Bericht gefunden haben. Ich möchte einen Gutteil dieser Anerkennung an das Sekretariat weitergeben und mich für die gute Zusammenarbeit auch im Ausschuß bedanken. Sie werden Verständnis dafür haben, Herr Präsident, wenn ich nicht auf alle Redner und alle Stellungnahmen im einzelnen eingehen kann. Lassen Sie mich zu einigen wenigen Stellung nehmen.

Herr Kollege Antoni hat vorgeschlagen, den Bericht oder die Beschlußfassung zu vertagen und den Bericht noch einmal zu überarbeiten. Ich meine, wir sollten nicht so verfahren. Das, was im operationellen Teil des Berichtes steht, ist heute aktuell und sollte deshalb auch heute von der Versammlung zu einem Abschluß gebracht werden.

Allgemein wurde diskutiert die Frage der **Erweiterung der WEU,** und alle Redner, die diese Frage angeschnitten haben, haben sich positiv dazu geäußert. Es ist sicherlich kein Wunder, daß dies im wesentlichen auch die Kollegen Beobachter getan haben, denen ich auch von mir aus sehr herzlich danken möchte für das Interesse. Ihre Teilnahme, liebe Kolleginnen und Kollegen, an unseren Versammlungen zeigt, daß das Ansehen unserer Organisation so schlecht nicht sein kann. Es ist gesagt worden, daß diese Versammlung, daß unsere Organisation ein offenes Haus sein müsse, auch für andere Partner. Ich teile diese Auffassung und meine, daß insbesondere die Entscheidung über den schon vor Jahren geäußerten Beitrittswunsch Portugals nun endlich fallen sollte. Wenn ich den Bericht des Ministerrates sehe, so wird darin allerdings zum Ausdruck gebracht, daß zur Frage der Erweiterung heute nichts anderes gesagt werden könne als im letzten und im vorletzten Bericht.

Hingewiesen wurde von mehreren Kollegen auf die Notwendigkeit, die Öffentlichkeit mehr über unsere Arbeit zu informieren, oder, besser gesagt, die Öffentlichkeit mehr über Verteidigung und Sicherheit Europas zu unterrichten. Viele unserer Mitbürger in Europa haben die Zeiten der Bedrohung der Freiheit Gott sei Dank niemals persönlich am eigenen Leibe verspüren müssen. Um so wichtiger aber ist es, immer wieder darauf hinzuweisen, daß Frieden nichts Selbstverständliches ist und auch Freiheit nichts Selbstverständliches sein wird. Wir müssen über die Anstrengungen, die wir für die Erhaltung des Friedens und der Freiheit machen, mehr sprechen. Wir sollten uns nicht damit zufrieden geben, daß es gelungen ist, Europa von kriegerischen Auseinandersetzungen freizuhalten und jedenfalls der einen Hälfte unseres Kontinents die Freiheit zu sichern, sondern wir müssen über das, was wir dazu tun, offener informieren.

Es ist die **Zusammenarbeit zwischen dem Rat und der Versammlung** angesprochen worden. Es ist auch meine ehrliche Sorge, daß die Versammlung, wenn sie weiterhin mangelhaft informiert wird, das nicht tun kann, wozu sie nach dem Vertrage geschaffen ist. Die Versammlung als zweites Organ dieser Organisation muß rechtzeitig und umfassend unterrichtet werden, sonst geht es nicht.

Mehrfach ist die Frage angeklungen, ob nicht die Gemeinschaften **der geeignete Ort** wäre, nun **über Sicherheitspolitik zu sprechen.** Ganz sicher gibt es zwischen den Gemeinschaften und der Verteidigungspolitik zahlreiche Verbindungen, und eine Abgrenzung läßt sich scharf gewiß nicht treffen. Aber ich glaube, es ist doch richtiger, die Fragen der Sicherheitspolitik im Rahmen der WEU zu debattieren, vielleicht erweitert um die Länder, die die Voraussetzung für einen Beitritt erfüllen und die Kandidaten sind. Einmal hat die EG im Augenblick Probleme genug, die es zu lösen gilt, und ich habe nicht den Eindruck, daß sie besonders erfolgreich und besonders zügig mit der Lösung dieser Probleme vorankommt. Zum anderen aber meine ich, daß die EG von ihrer Zusammensetzung und Aufgabenstellung her ihre Existenz in Gefahr bringen oder ihre Existenz in Frage stellen würde, wenn die Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheitspolitik auch auf die EG übergehen würde. Denken wir nur daran, daß im Rahmen der EG Irland als neutraler Staat natürlich andere Positionen zu vertreten hätte.

Ich möchte den Herren Kollegen Burger und Linster ausdrücklich zustimmen in dem, was sie über die Zusammenarbeit auch der kleineren Länder mit den größeren gesagt haben. Ich sage das auch aus der Sicht des Europarates. Ich bin froh darüber, daß wir in Europa Länder von unterschiedlichem Gewicht haben, die unterschiedliche Standpunkte vertreten können und daß es sich die kleineren Länder auch einmal leisten können, über einige Dinge mehr und tiefer nachzudenken als die größeren, in denen die Politiker sofort zur Aktion aufgerufen werden.

Herr Freeson hat die Presseerklärung des Generalsekretärs kritisiert. Ich kann mich nicht dazu äußern; der Generalsekretär wird morgen nachmittag hier sein. Ich möchte in dem Zusammenhang aber nur an eines erinnern. Diese Versammlung hat jahrelang gefordert, einen politischen Generalsekretär zu bestellen. Nachdem das erreicht ist, darf doch niemand erwarten, daß dieser Generalsekretär nun zum schlichten Verwalter seiner Position wird, sondern er wird auch

weiterhin Politiker bleiben und sich weiterhin politisch äußern.

Die Frage schließlich, und damit möchte ich enden, Herr Präsident, die Frage, haben wir noch genug Zeit? Ich zweifle sehr oft, ob wir wirklich noch Zeit haben, die Stimme Europas zur Geltung zu bringen. Ich glaube, es kommt im Augenblick nicht darauf an, geschliffene und abgewogene und ins Einzelne ausgelotete Erklärungen und Deklarationen abzugeben. Ich habe einmal gelesen, die Kunst der Politik bestehe nicht darin große Programme auszuarbeiten und fundierte Pläne zu entwerfen. Die Kunst der Politik sei vielmehr die, zu erkennen, wann der Mantel der Geschichte durch den Raum wehe und einen Zipfel dieses Mantels zu ergreifen. Handeln wir danach!

Empfehlung 442

betr. den europäischen Pfeiler des Atlantischen Bündnisses

1. Teil: Die Reaktivierung der WEU

Die Versammlung,

(i) ist der Ansicht, daß die von der französischen Regierung unterbreiteten Vorschläge, insbesondere der Vorschlag, eine Europäische Sicherheitscharta zu erstellen, die Gelegenheit bieten die Erfordernisse dieser Sicherheit von Grund auf neu zu überprüfen;

(ii) ist der Ansicht, daß die vom Atlantischen Bündnis betriebene Abschreckungspolitik die Garantie für diese Sicherheit bleibt;

(iii) ist der Ansicht, daß die Hauptgefahren für den internationalen Frieden in Gebieten entstehen, die gegenwärtig außerhalb des Geltungsbereichs des Bündnisses liegen;

(iv) ist der Ansicht, daß die europäische Zusammenarbeit auf dem Rüstungssektor für die Sicherheit Europas unerläßlich geworden ist;

(v) ist der Ansicht, daß die Bemühungen um Abrüstung oder Rüstungsbegrenzung zur Erhaltung des Friedens unerläßlich sind, daß aber dadurch die Sicherheit Europas nicht in Frage gestellt werden darf;

(vi) ist der Ansicht, daß die jüngste Entwicklung der chemischen Waffen eine besonders schwere Bedrohung für die gesamte Menschheit darstellt;

(vii) begrüßt andererseits die unlängst vom Rat getroffenen Maßnahmen, durch die seine Tätigkeit dahingehend entwickelt werden soll, daß sie den Erfordernissen der europäischen Sicherheit gerecht wird, bedauert jedoch, daß es darüber sowohl in der Öffentlichkeit als auch in der Versammlung weiterhin nur sehr unzulängliche Informationen gibt;

(viii) ist der Ansicht, daß sich die öffentliche Meinung weiterhin unbedingt über die Erfordernisse der europäischen Sicherheit im Klaren sein muß;

(ix) bedauert, daß der Rat ständig versagt, wenn es sich um die Vermittlung korrekter Informationen an die Versammlung handelt;

(x) ist der Ansicht, daß die neuen Aktivitäten der Regierungen im Rahmen der WEU es der Versammlung ermöglichen müssen, alle die ihr in Artikel IX des Vertrags verliehenen Kompetenzen auszuüben;

(xi) stellt insbesondere fest, daß die Antworten auf die Empfehlungen der Versammlung und auf die schriftlichen Fragen über die Tätigkeit des Rates, des Ständigen Rüstungsausschusses und der Unabhängigen Europäischen Programmgruppe schwere Verstöße gegen die Verpflichtungen des Rates gegenüber der Versammlung darstellen;

empfiehlt dem Rat

1. die von der französischen Regierung unterbreiteten Vorschläge hinsichtlich der Erstellung einer Europäischen Sicherheitscharta mit folgendem Ziel zu untersuchen;
   a) Die Erfordernisse der europäischen Sicherheit zu definieren, seine amerikanischen Verbündeten darüber zu unterrichten und zu erreichen, daß die laufenden Verhandlungen über die Begrenzung der nuklearen und der konventionellen Streitkräfte substantielle Reduzierungen herbeiführen, ohne daß dadurch die auf die Abschreckungspolitik gestützte Sicherheit Europas gefährdet wird;
   b) die ständige Sorge der Mitgliedstaaten um die Wahrung der Geschlossenheit des Bündnisses zu bekräftigen und die Stärkung des europäischen Pfeilers im Rahmen dieser Geschlossenheit zu verfolgen;
   c) jeder Form von chemischem Wettrüsten vorzubeugen, indem er die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion ersucht, sich um eine Vereinbarung zu bemühen, durch die die völlige Beseitigung dieser Waffen gewährleistet wird, und die Ausweitung dieser Vereinbarung auf alle Länder zu fördern;
   d) in die Charta gemäß Artikel VIII des Geänderten Brüsseler Vertrags eine gegenseitige Informations- und Verständigungspflicht in bezug auf jede Bedrohung des internationalen Friedens aufzunehmen;
   e) dort ebenfalls die gemeinsame Willensäußerung hinsichtlich der Beseitigung derjenigen Hindernisse einzubeziehen, die der Entwicklung der europäischen Zusammenarbeit auf dem Rüstungssektor noch im Wege stehen;
2. aus diesem Grunde die Maßnahmen für eine neue Tätigkeit der WEU so auszurichten, daß gewährleistet wird, daß die Anwendung des Geänderten Brüsseler Vertrags zur Geschlossenheit des Atlantischen Bündnisses und zur Sicherung des Friedens beiträgt;
   a) indem man das politische Komitee für europäische Sicherheit im Rahmen der WEU beläßt;
   b) indem man deutlich macht, in welcher Form der Vertrag anzuwenden ist, damit er den gegenwärtigen Erfordernissen der europäischen Sicherheit gerecht wird und eine Erweiterung der WEU in bezug auf diejenigen westeuropäischen Staaten zuläßt, die hier mitwirken können und dies wünschen;

c) indem dafür gesorgt wird, daß diese Staaten über die Tätigkeit der WEU unterrichtet werden, und indem den betreffenden Staaten schon jetzt die Teilnahme an einigen dieser Aufgaben, vor allem im Bereich der Zusammenarbeit auf dem Rüstungssektor, gestattet wird;

d) indem der europäischen Zusammenarbeit auf dem Rüstungssektor die notwendigen Impulse verliehen werden, insbesondere durch eine Angleichung des Beschlusses vom 7. Mai 1955 hinsichtlich der Einsetzung eines Ständigen Rüstungsausschusses an den gegenwärtigen Stand dieser Zusammenarbeit;

e) indem er seinem Dokument „Die WEU und der Bewußtseinsprozeß der öffentlichen Meinung" rasch Maßnahmen folgen läßt, damit die öffentliche Meinung gemäß den in der Erklärung von Rom enthaltenen Grundsätzen über den Gesamtkomplex seiner Tätigkeiten unterrichtet wird, insbesondere durch die Veröffentlichung von Kommuniqués im Anschluß an die Sitzungen des Politischen Komitees für europäische Sicherheit;

f) indem das Zusammenwirken der Mitgliedstaaten auf dem Seminar, das im Jahre 1988 vom französischen Institut für Nationale Verteidigungsfragen veranstaltet werden soll, sowie bei der Planung weiterer Seminare gewährleistet wird, damit sich die öffentliche Meinung in allen Mitgliedstaaten stärker der Erfordernisse der europäischen Sicherheit bewußt wird; und

1) zu diesem Zweck den Generalsekretär anzuweisen, eine aktive Rolle bei der Organisation des ersten Seminars zu übernehmen und die Gründung einer Vereinigung früherer Teilnehmer zu fördern, für die er die Sekretariatsdienste stellt;

2) das französische Institut für nationale Verteidigungsfragen zu bitten, Spanien und Portugal einzuladen, Teilnehmer zu diesem Seminar zu entsenden;

g) indem der Meinungsaustausch mit den amerikanischen Behörden erweitert wird, damit eine größere Geschlossenheit des Bündnisses gewährleistet wird;

h) indem Artikel IX des Vertrags uneingeschränkt zur Anwendung kommt, wodurch der Rat verpflichtet wird, der Versammlung über seine Tätigkeiten sowie über die Anwendung des Geänderten Brüsseler Vertrags zu berichten, auch wenn dies in einem anderen Rahmen als dem der WEU geschieht.

Tagesordnungspunkt:

Die Ministerratssitzung

(Drucksache 1094)

(Dringliche Aussprache)

Empfehlung 443

betr. die Ministerratssitzung

Die Versammlung

vertritt die Auffassung, daß die von Michail Gorbatschow auf diplomatischer Ebene und in der Presse gestartete Offensive, mit der weitere Vorschläge zur nuklearen Abrüstung vorgelegt werden, eine im Nordatlantischen Bündnis koordinierte Antwort verlangt;

ist sich bewußt, daß diese Vorschläge, die in erster Linie die europäische Sicherheit berühren, dazu führen sollten, im Rahmen der WEU — der einzigen europäischen Organisation mit Zuständigkeiten in diesem Bereich — die Interessen Europas zu definieren;

ist ermutigt von der an die europäischen Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses ergangenen Aufforderung des amerikanischen Außenministers George Shultz nach seinem Besuch in Moskau, zu diesen Vorschlägen Stellung zu nehmen;

fordert den Rat dringend auf,

1. seinen im Kollegium abgestimmten Standpunkt gegenüber den Vorschlägen Gorbatschows durch seinen amtierenden Vorsitzenden Jacques Poos in seiner Erklärung vor der Versammlung am Dienstag, den 28. April 1987, bekanntzugeben;
2. seinen amtierenden Vorsitzenden anzuweisen, den Standpunkt des Rates gegenüber den sowjetischen Vorschlägen im Verlauf der Sitzungen des Nordatlantikrates am 11. und 12. Juni 1987 darzulegen.

Tagesordnungspunkt:

Die Abrüstung — Antwort auf den 31. Jahresbericht des Rates

(Drucksache 1090)

Berichterstatter: Abg. Amadei (Italien)

Reddemann (CDU/CSU): Herr Präsident! — Wir debattieren heute über den Bericht, der die Antwort der Versammlung auf den 31. Jahresbericht des Ministerrates geben soll. Es klingt ein wenig, als ob wir an diesem schönen Sonnentag über den Wetterbericht des Neujahrstages reden und Konsequenzen daraus ziehen möchten. Das ist nicht das Problem unseres geschätzten Rapporteurs, das ist das Problem unserer Arbeitsweise, und vielleicht sollten wir diesen Anlaß einmal zu Überlegungen nutzen, wie wir unsere Arbeitsweise der praktischen Lage schneller anpassen können. Wir haben, meine verehrten Damen und Herren, eine interessante Entwicklung in den letzten Wochen erlebt. Wir bekommen, nachdem die Sowjetunion über Jahrzehnte bei allen Abrüstungsvorschlägen sich nicht nur zurückgehalten sondern meist auch dagegen gearbeitet hat, wir bekommen nun positive Nachrichten aus der Sowjetunion, und ich meine, wir sollten das zunächst einmal begrüßen.

Für uns in dieser Versammlung ist es vor allem wichtig, uns noch einmal daran zu erinnern, daß wir im

Vorfeld der westlichen Nachrüstung lebhaft darüber gestritten haben, ob nach der Nachrüstung dann überhaupt noch **Abrüstungsverhandlungen mit der Sowjetunion** möglich wären oder ob nicht gerade die Nachrüstung dazu führte, daß sich die Sowjetunion nun ihrerseits an den Verhandlungstisch zurückbewegen würde.

Ich glaube, die Tatsache, daß die sowjetische Regierung und die sowjetische Parteiführung in den letzten Wochen und Monaten sehr eindeutig positive Signale in Richtung Abrüstung gesetzt haben, hat deutlich gemacht, wie wichtig es war, daß die demokratischen Staaten Europas gemeinsam mit unseren Verbündeten jenseits des Atlantiks die Nachrüstung vollzogen haben, denn wir alle wissen jetzt wohl, daß ohne die Nachrüstung weiterhin die Aufrüstung der Sowjetunion stattfinden würde, daß aber kein Angebot zu Verhandlungen über die Grenze zu uns gekommen wäre. Die Gemeinsamkeit der demokratischen Staaten, die wir bei der Nachrüstung praktiziert haben, sollte auch eine Gemeinsamkeit bei den Abrüstungsgesprächen mit der Sowjetunion bringen. Das heißt, wir sollten das, was wir in gemeinsamer Arbeit begonnen haben, bei den künftigen Verhandlungen fortsetzen; damit Henry Kissinger nicht Recht hat, als er unlängst zum Thema Abrüstung sagte: „Die Demokraten laufen Gefahr, einer von ihnen selbst herbeigeredeten Erpressung zum Opfer zu fallen."

Meine Damen, meine Herren, wir alle wollen Abrüstung. Aber wir wissen auch, daß die Waffen allein nicht das Entscheidende und auch nicht das Gefährliche sind, sondern daß es um den politischen Willen geht. Die Frage heißt, ob man die Waffen zur Verteidigung bereithalten oder für einen Angriff nützen will. Und deswegen ist die Frage der friedlichen Gesinnung zunächst einmal das Entscheidende, und friedliche Gesinnung, meine Damen und Herren, kann jeder Staat nur dann beweisen, wenn er nicht nur Angebote über Abrüstung macht, sondern wenn er vor allem diese Abrüstungsangebote auch dadurch untermauert, daß er die **Verifikation der Abrüstung** mitgenehmigt. Und hier sage ich Ihnen ganz offen, bin ich völlig anderer Meinung als einige unserer geschätzten Kollegen, vor allem aus der britischen Labourparty, die meinten, wir sollten nicht so skeptisch sein. Ich glaube, der Skeptizismus gehört an den Anfang der Überlegungen, und wenn es dann gelingt, nicht nur die eine oder andere Kontrollstation einzurichten, sondern wenn es dann gelingt, tatsächlich an Ort und Stelle den Verdacht überprüfen zu können, dann, aber auch erst dann, dürfen wir jene friedliche Gesinnung voraussetzen, die nun einmal notwendig ist, wenn wir nicht nur ein paar Schritte in der technischen Abrüstung sondern auch in der Abrüstung der unterschiedlichen gesellschaftlichen Auffassungen erreichen wollen.

Meine Damen, meine Herren, auch wenn ich das nach 70 Jahren sowjetischen Imperialismus bewußt skeptisch sage, so freue ich mich trotzdem, daß wir von der sowjetischen Regierung zum ersten Mal ein Wort zur Null-Lösung bei den Mittelstreckenraketen größerer Reichweite bekommen haben. Aber auch hier müssen wir berücksichtigen, daß die Angebote, die bis jetzt gemacht werden, noch nicht im Detail geprüft werden konnten, weil sie von der sowjetischen Regierung nicht so detailliert wie notwendig vorgetragen wurden.

Ich möchte dazu den langjährigen deutschen Botschafter in Moskau, Dr. Jörg Kastl, ein Experte in Sachen Sowjetunion, zitieren, der gerade am Wochenende gesagt hat: „Bislang sind Gorbatschow's Absichtserklärungen dramatischer als die Wirklichkeit." Dies, glaube ich, müssen wir uns vor Augen führen, wenn wir über die Gesamtsituation sprechen.

Trotzdem, ich hoffe, daß wir möglichst bald eine Lösung gerade bei den Mittelstreckenraketen größerer Reichweite erleben können, weil dies ja ein Problem der Rüstung und Nachrüstung war, und es wäre gut, wenn wir hier die Chance bekämen, in der Tat den Frieden ein Stückchen weiter voranzutreiben mit weniger Waffen.

Aber meine Damen und Herren, wir wissen nun auch, daß es eine doppelte Problematik gibt, und diese doppelte Problematik besteht darin, daß die sowjetischen Armeen mit ihren konventionellen Waffen weitaus stärker sind als die Staaten der NATO, als die Staaten der Westeuropäischen Union. So zu tun, als könnten wir ohne jeden Zweifel auf den atomaren Schutz verzichten, ohne auf der anderen Seite die konventionellen Waffen der Sowjets zu berechnen, das wäre eine zu naive Vorstellung; und wenn wir daher über die gemeinsame Abrüstung reden müssen, dann ebenso über die **konventionelle Abrüstung,** die mitentscheidend ist. Meine Damen und Herren, ich habe als Kind die Schrecken des Krieges, des konventionellen Krieges erlebt. Ich habe beispielsweise erlebt, wie Phosphorbomben auf uns herunterfielen und ich weiß trotzdem, daß alles, ich will nicht sagen ein Kinderspiel war, aber doch sehr viel weniger an Feuerkraft und Vernichtungskraft enthielt als das, was heute an konventioneller Zerstörungskraft vorhanden ist und daher meine herzliche Bitte, bei den Abrüstungsgesprächen, die wir führen wollen, nichts zu verschütten; daher meine herzliche Bitte, diese schweren, diese tödlichen, diese mörderischen Waffen mit in die Verhandlungen einzubeziehen.

Herr Präsident, und ich darf einen letzten Punkt, eine letzte Überlegung noch mit in die Debatte einführen. Gespräche mit einer anderen Regierung über Abrüstung, Verhandlungen so weitreichender Art, wie sie jetzt angekündigt worden sind, können nur mit einer Regierung geführt werden, von der wir wissen, daß sie sicher im Amt ist und daß sie das, was sie uns jetzt in völliger Veränderung früherer langjähriger Aussagen und Praktiken vorschlägt, auch ein- und durchhalten kann. Und auch hier möchte ich ein Zitat des bereits von mir genannten Botschafters Kastl kurz erwähnen. Er hat uns geschrieben: „Mag Michael Gorbatschow bei uns auch als Taube gelten, seine nächsten Berater äußern sich sehr falkenhaft, wenn es um die Definition der Generallinie gegenüber dem internationalen Klassenfeind geht." Ich will nicht behaupten, daß diese Aussage für alle verbindlich sein soll. Aber ich glaube, wir sollten eben eine solche Aussage als die Aussage eines Fachmannes, eines zugegeben skeptischen Fachmannes, werten und sie in unsere Überlegungen miteinbeziehen. Es wäre schön, wenn Michael Gorbatschow und die gegenwärtige Mehrheit des Politbüros des Zentralkomitees

der Kommunistischen Partei der Sowjetunion einen Schritt in die Richtung ginge, der einen Kommunismus mit einem menschlicheren Antlitz bringen würde. Aber ich meine, wir sollten sowjetische Aussagen und seien sie auch noch so plakativ angekündigt, nicht nur als bare Münze nehmen. Wir sollten, wenn Sie mir diese Bemerkung erlauben, ein altes deutsches Sprichwort, das da heißt: „eine Schwalbe macht noch keinen Sommer" abändern und sagen, bei aller Freude über Abrüstungsmöglichkeiten, ein Gorbatschow allein macht noch keinen Frieden.

Dr. Scheer (SPD): Meine Damen und Herren, anhand des Amadei-Berichtes wird genaugenommen eine politische Kontroverse ausgetragen, unter der der Bericht leider bisher stark leiden mußte. Ich will deshalb auf die Kontroverse eingehen, nicht auf die Frage, daß vieles zeitlich überholt ist, wofür, wie schon mein Vorredner gesagt hat, der Berichterstatter nichts kann. Es ist sehr viel mehr das Problem, daß jetzt ein Bericht strittig ist, der nicht weiter geht als frühere Berichte, die die Versammlung verabschiedet hat. Daß er aber trotzdem auf einmal so umstritten ist, hängt meines Erachtens damit zusammen, daß es jetzt größere Abrüstungschancen gibt in der Realität denn je zuvor. Es gab noch nie eine so konkret abrüstungsbereite sowjetische Führung seit 1917, und wenn das jetzt auf einmal so konkret möglich wird, dann muß man von westlicher Seite aus allerdings auch zu seinen eigenen früheren Ansätzen stehen. Das wollen aber einige nicht mehr, weil sie die eigenen früheren Vorschläge gar nicht ernst gemeint haben. Das heißt, jetzt kommt so langsam die Stunde der Wahrheit, wie ernst wir es mit der **Abrüstung** meinen. Das ist das Thema, um das es hier geht.

Nun hat — ich will das an einigen Punkten aufzeigen — nun hat der Westen immer wieder eine Reihe von Vorbedingungen gestellt. Er hat 1981 die Bedingung der Null-Null-Lösung gestellt. Der NATO-Doppelbeschluß hatte eine noch viel geringere Bedingung. In dem steht drin, daß der Westen auf eine Nachrüstung verzichten könnte, wenn die Sowjetunion mit ihrer SS 20-Rüstung vom Stand 1979 halt macht. Dann kam die Null-Null-Lösung, die über den NATO-Doppelbeschluß hinausgeht. Dann hat auf einmal, durch einen sowjetischen Kurswechsel ausgelöst, der fundamental ist, die Sowjetunion diese Null-Null-Lösung akzeptiert. Dann kam der nächste sowjetische Vorbehalt: Kurzstreckenraketen. Jetzt kommt die Bereitschaft, die Kurzstreckenraketen abzurüsten, vorvereinbart durch Shultz und den sowjetischen Außenminister in den letzten Wochen in Moskau. Da heißt es auf einmal, Europa würde entnuklearisiert, der atomare Schutzschirm würde entzogen. Der amerikanische Außenminister selbst hat das widerlegt.

Es blieben immer noch mehr als 4 000 **Atomwaffen in Westeuropa** übrig, wenn die Mittel- und die Kurzstreckenraketen abgezogen würden. Es blieben Atomwaffen tragende Flugzeuge übrig, es blieben die Poseidonträger übrig. Es blieben taktische Atomwaffen übrig. Es blieben übrig die britischen und die französischen Systeme, die gegen Ende dieses Jahrzehnts eine größere Anzahl haben werden als die jetzige Anzahl der sowjetischen SS 20. Alles dies bliebe übrig, und dann kam der Punkt, wenn entnuklearisiert sei, komme die angeblich so riesige konventionelle Überlegenheit zum Tragen. Würde man jetzt, — abgesehen davon, daß konventionelle Rüstung sehr viel länger dauert, denn das ist sehr viel komplizierter, — würde man jetzt alles aufschieben bis man einen konventionellen Vertrag hat, was wäre dann der nächste Vorbehalt, frage ich, wenn es um konkrete Lösungen ginge. Der Kern des Widerstandes ist hier deutlich erkennbar, er kommt sehr viel deutlicher heraus. Und dann kommen die politischen Argumente wie von General Close mit dem neuen München. Ja wann soll denn eigentlich ein Abkommen mit der Sowjetunion geschlossen werden, wenn nicht unter einer solchen veränderten Führung? Soll erst dann eines möglich sein, wenn das System drüben aufgegeben worden ist? Denn das wäre doch wohl die Logik. Dann ist aber Abrüstung endgültig unmöglich bis sich irgend etwas geändert hat. Die Sowjetunion gäbe bei den jetzigen Vorschlägen mehr Raketen auf als der Westen, denn sie hat mehr Mittel- und Kurzstreckenraketen. Wenn sie mehr aufgibt als der Westen, wie kann dann der Westen geschwächt werden? Mir ist diese Logik völlig unerfindlich. Wie kann er verwundbarer werden? Das ist unmöglich. Im Gegenteil, die britischen und französischen Systeme, die nach dem vorletzten Weltgipfel in Williamsburg auch von der britischen und französischen Regierung als Bestandteil der westlichen Abschreckung deklariert worden sind, blieben sogar als einzige Systeme längerer Reichweite in Europa übrig. Der Westen würde stärker, das heißt, es ist sogar ohne weiteres denkbar, daß die Sowjetunion, wenn man nur an Atomraketen denkt, dabei größere Risiken einginge als es beim Westen der Fall ist. Die Sowjetunion hat demgegenüber eine Vorbedingung nach der anderen fallenlassen. Sie hat sie fallenlassen, um es uns in Westeuropa zu erleichtern, auf die Einbeziehung der britischen und französischen Systeme in irgendeiner Form zu verzichten. Sie hat das SDI-Junktim fallenlassen. Wir kommen doch nicht weiter, wenn die einen immer mehr Vorbedingungen stellen, nachdem die bisherigen Bedingungen erfüllt sind, und die anderen letztlich dann das Gefühl haben, sie können anbieten, was sie wollen, es kommt nichts heraus. Der Kern des Problems ist nicht dadurch lösbar, Herr Kollege Reddemann, daß man sagt, wir wollen alle Abrüstung. Der Kern des Problems liegt woanders.

Und da hat meines Erachtens Sir Frederic Bennett den Punkt sehr viel deutlicher, ich sage sogar ehrlicher, herauskristallisiert. Der Kern des Problems ist: Wollen wir unbedingt an jeder Form der **atomaren Abschreckung** festhalten oder nicht? Ich glaube nicht, daß Sir Frederic Bennett die Bereitschaft der sowjetischen Führung im großen und ganzen in Frage stellt. Er befürchtet, daß zu viel an atomarer Abschreckung verlorengehen würde. Das ist das Kernproblem, und hinter dem NATO-Doppelbeschluß verbargen sich in der Tat ja auch zwei verschiedene Positionen. Das eine war die Rüstungskontrollposition, wie sie offiziell vertreten wurde, und das zweite war die Position der Abschreckungslücke, die gefüllt werden müßte mit Mittelstreckenraketen. Bei dieser Position spielt es überhaupt keine Rolle, ob es sowjetische Mittelstrekkenraketen gibt oder nicht. Die Abschreckungslükkenvertreter haben sich hinter der Position, die

Rüstungskontrolle wollte, versteckt; sie haben nämlich gehofft, daß die Forderungen an die Sowjetunion von dieser nie eingelöst werden könnten. Sie konnten sich nicht vorstellen, daß die Sowjetunion alle SS 20-Raketen abbaut, die die modernsten und neuesten Raketen sind, die sie gegenwärtig haben. Jetzt wird diese Vorstellung auf einmal möglich, und dann kommt genau das zum Vorschein, was eigentlich der Hintergrund des Widerstandes im Westen ist. Man hält an der Abschreckungslogik fest, die zunehmend zu einem Irrationalismus des Westens geführt hat und das aber mit mathematischer Logik begründet. Und da muß das feingliedrige Abschreckungsgebäude mit so und so viel Kurzstrecken- und Mittelstreckenraketen bis hin zu den Langstreckenraketen irgendwie theoretisch noch stimmen, koste es was es wolle, vor allem auch nicht zuletzt an Geld oder an verlorengegangenen Abrüstungschancen.

Nach meiner festen Überzeugung sieht es so aus, daß diejenigen, die heute gegen die Kurzstreckenraketen-Null-Null-Lösung sind, eigentlich gegen einen Abbau der Mittelstreckenraketen waren. Nur konnten sie dieses nicht mehr verhindern, weil man es zu lange vom Westen gefordert hat. Sie waren dagegen, weil sie an der Abschreckungslückentheorie festhalten. Nachdem sie das nicht mehr verhindern können, wollen sie jetzt unbedingt dasselbe Problem mit Kurzstreckenraketen lösen und sei es durch Kurzstreckenraketennachrüstung. Deswegen ist dieser Denkrichtung, die auch hier vertreten ist, eine westliche Nachrüstung an Kurzstreckenraketen lieber, auch wenn dafür östliche Kurzstreckenraketen bleiben, als wenn West und Ost auch auf Null bei Kurzstreckenraketen gehen. Alles andere führt gewissermaßen an dem Problem vorbei, wenn man hier etwas anderes behauptet. Wenn deshalb in der Empfehlung, die eine Kompromißformulierung des Ausschusses war, steht, es ginge bei Kurzstreckenraketen um ein „right to match", um ein Recht zum Ausgleich, dann ist das letztlich die Gegenposition zur Null-Null-Lösung, zumindest nach dem, was sich in den letzten zwei Wochen herauskristallisiert hat. Deswegen hat sich die Lage hier sehr stark verändert; denn alle, die die Null-Null-Lösung bei Kurzstreckenraketen nicht wollen, die sagen „right to match" und meinen damit Nachrüstung bei Kurzstreckenraketen. Der Außenminister Amerikas George Shultz hat dies auf den Begriff gebracht. Er setzt sich, meines Erachtens völlig zu recht, — und es liegt mit in unserem Interesse — für die **Null-Null-Lösung auch bei Kurzstreckenraketen** ein und sagt den europäischen Regierungen, die vielleicht da nicht mitmachen wollen: „Wenn ihr die Null-Null-Lösung auch bei Kurzstreckenraketen nicht wollt, dann müßt ihr jetzt zustimmen zu einer Nachrüstung." Dies ist der Konflikt. Wir müssen uns meines Erachtens im eigenen Interesse, denn es handelt sich um Waffen, die den europäischen Kontinent zerstören könnten, für die Null-Null-Lösung bei Mittelstrecken- und Kurzstreckenraketen einsetzen und auch da für Null-Null-Lösungen, wo es über diese Dinge hinausgeht. Im Moment geht es um diese beiden Dinge, und das ist der Konflikt, den ich hier herausstellen wollte.

Sir Frederic Bennett, ich gebe einen Punkt zu überlegen. Wie lange wollen wir noch an einer Abschreckungstheorie festhalten, die uns ökonomisch auffrißt, denn es geht um immer komplexere Waffen mit immer höheren Kosten. Wie lange soll das noch sein? Kann es nicht vielleicht sein, daß die Tatsache, daß wir so lange Frieden haben in Europa, nicht nur mit Atomwaffen zusammenhängt, sondern mit der Existenz zweier gleichstarker Blöcke, die nicht mehr dieses große schwierige europäische Gleichgewichtsproblem aufwerfen wie im letzten Jahrhundert, wo sich vier oder fünf europäische Großmächte, die sich nicht einig waren, gegenüber standen? Die Existenz dieser beiden Blocksysteme wirkt stabilisierender als einzelne Waffensysteme.

Vielen Dank.

Kittelmann (CDU/CSU): Daß ein Bericht so intensiv diskutiert, so häufig von Mißverständnissen und Ablehnung begleitet wurde, liegt wohl daran, daß in die Zeit dieses Berichts hinein laufend politische Veränderungen stattgefunden haben, die von der Sowjetunion ausgingen und versuchten durch Detaillierung von Vorschlägen oder durch neue Vorschläge in den Westen hinein politisch entweder verunsichernd zu wirken oder aber politisch zu neuen Gedanken — unter Umständen auch aufgrund besserer Erkenntnisse — beizutragen. Wenn der Berichterstatter somit der Geprügelte einer Entwicklung war, so mag dies für uns alle deshalb beispielhaft sein, weil es zeigt, wie das ganze westliche Lager — die letzten Diskussionsbeiträge haben es an sich gezeigt und bewiesen — durch Vorschläge der Sowjetunion ein Stück Unsicherheit übertragen bekommen hat.

Wir als parlamentarische Versammlung der WEU müssen nach beiden Seiten kritischer sein, sowohl in Richtung Sowjetunion als auch gegenüber dem Rat, der auf unsere Vorschläge, auf unsere Empfehlung, auf unsere Ratschläge wartet. Und wenn — wie Herr Scheer sagt — diese Diskussion eine Stunde der Wahrheit ist, so hat er selber ein Stück mit zu dieser Stunde der Wahrheit beigetragen, indem er nämlich in Bezug auf bestimmte Konsenskompromisse, die abgeschlossen worden sind, ausgeführt hat, wie er diesen Konsens ausgelegt und verstanden haben möchte. Das heißt es geht um das gegenseitige Mißtrauen, um die Erhöhung des Konfliktes innerhalb des westlichen Lagers, eben aufgrund der Vorschläge von Gorbatschow, von denen wir ja erst einmal abwarten müssen, daß sie detailliert in Genf eingebracht und diskutiert werden. Bisher ist es ja wirklich hervorragend gelungen, allein schon durch die Äußerung dieser Vorschläge das westliche Lager zu prüfen. Und wir sind in der Situation, daß wir miteinander diskutieren, meinetwegen mit Emotionen, aber immer getragen vom gemeinsamen Willen für unsere Sicherheit das Beste heranzuholen. Insofern sind die vor uns liegenden Änderungsanträge wahrscheinlich in sich auch strittig. Aber wir müssen auch dieses miteinander erledigen.

Ich darf dem Berichterstatter im Namen des Ausschusses meinen herzlichen Dank sagen für seine Mühe. Der Ausschuß hat sich bemüht — die Diskussion hat es ihm auch gezeigt — seinem Anliegen gerecht zu werden. Wenn es im Ausschuß dazu nicht immer

einen Konsens in allen Fragen gab, so liegt das eben daran, daß in dieser Konstellation auch die beiden politischen Lager, die auch hier in der westeuropäischen Union vertreten sind, sich am deutlichsten bei diesem Abrüstungsdiskussionsbeitrag artikuliert haben.

Schönen Dank.

(Persönliche Erklärung zur Abstimmung:)

Irmer (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren Kollegen, ich habe heute zum ersten Mal an einer Veranstaltung dieser sehr ehrenwerten Versammlung teilgenommen, und es wird wohl an meiner mangelnden Erfahrung liegen, daß ich jetzt nicht weiß, ob ich in den letzten zwei Stunden ein Trauerspiel oder eine Farce erlebt habe. Jedenfalls habe ich erlebt, daß ein Bericht, der nicht mehr ganz aktuell war, weil inzwischen Zeit vergangen ist, hier nicht etwa aktualisiert wurde, um diesen zeitlichen Abstand wettzumachen, sondern, daß aus diesem Bericht im Grunde genau das Gegenteil geworden ist von dem, auf das er ursprünglich gerichtet war, und dadurch ist er nicht etwa auf einen neueren Stand gebracht worden, sondern er ist sogar — ich möchte sagen — um Jahre in die Vergangenheit katapultiert worden. Es handelt sich nämlich, und deshalb habe ich dagegen gestimmt, um nicht mehr und nicht weniger, das ist mein Eindruck, als daß sich diese Versammlung heute Nachmittag abgemeldet hat aus der aktuellen Diskussion, die in Europa und in der Welt um Abrüstung zur Zeit geführt wird, und im Lichte dessen frage ich mich, ob es weise von mir war, daß ich heute früh dem Bericht zugestimmt habe, der auf eine Ausweitung der Rechte dieser Versammlung geht. Ich habe das mit großer Überzeugung getan. Ich erhoffe mir, daß dies heute ein Ausnahmefall war, daß in Zukunft auch diese Versammlung das aufnimmt, was in der Öffentlichkeit, was von Regierungen diskutiert und vorgeschlagen wird, was in die Zukunft weist und daß wir uns hier nicht als eine Veranstaltung von vorgestern präsentieren.

Vielen Dank.

Empfehlung 444

betr. die Antwort auf den 31. Jahresbericht des Rates

Die Versammlung,

(i) bedauert, daß der Rat seinen Jahresbericht 1986 mit erheblicher Verspätung übermittelt und es unterlassen hat, Informationen über eine wichtige Sitzung weiterzuleiten, und vertritt die Auffassung, daß das Fehlen eines gemeinsamen Standpunktes zu gewissen Fragen den Rat nicht daran hindern darf, den restlichen Bericht rechtzeitig vorzulegen;

(ii) begrüßt jedoch die im Oktober 1986 erfolgte Übermittlung des ersten Teils dieses Jahresberichts;

empfiehlt dem Rat

1. in Zukunft dafür zu sorgen, daß der vollständige Jahresbericht über seine Tätigkeit der Versammlung bis Ende Februar des darauffolgenden Jahres zugeht, und daß dieser Bericht eine lückenlose Zusammenfassung über die vom Rat ausgeführten Tätigkeiten enthält;
2. bei seinen Überlegungen in bezug auf die Erweiterung der WEU strategische und politische Aspekte gleichermaßen zu berücksichtigen.

Dienstag, 28. April 1987

Tagesordnungspunkt:

Anwendung der Richtlinie 65 betr. den Haushalt 1987 der Versammlung

(Drucksache 1095)

Berichterstatter: Sir Dudley Smith (Vereinigtes Königreich)

Tagesordnungspunkt:

Ansprachen des luxemburgischen Außenministers und amtierenden Vorsitzenden des Rates, Jacques Poos, und des luxemburgischen Verteidigungsministers, Marc Fischbach.

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333